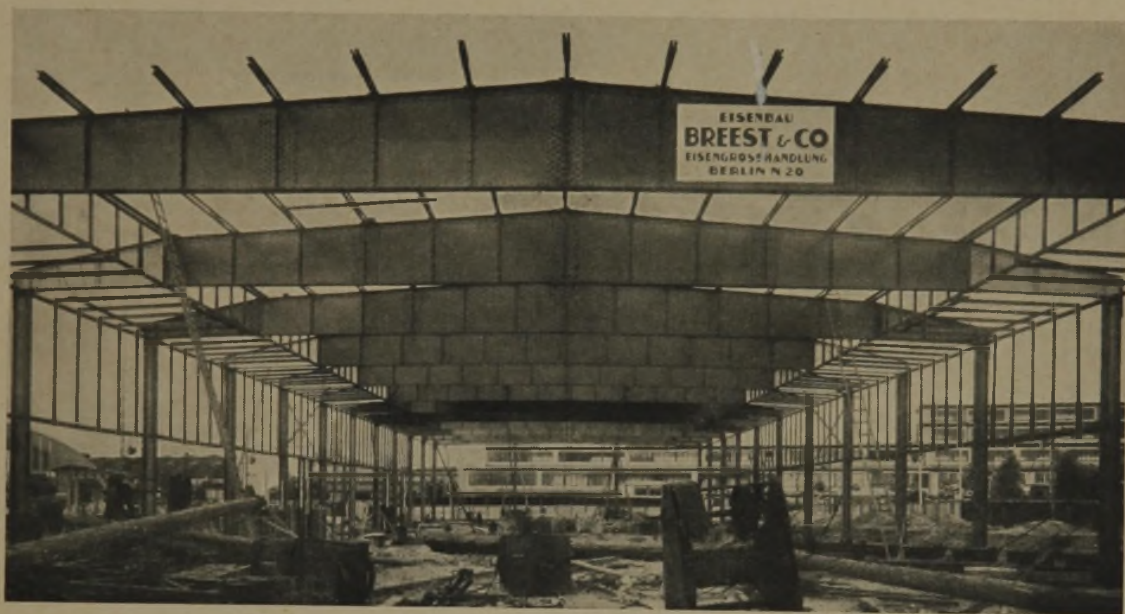


DIE „LEHRSCHAU HOLZ“ IN BERLIN

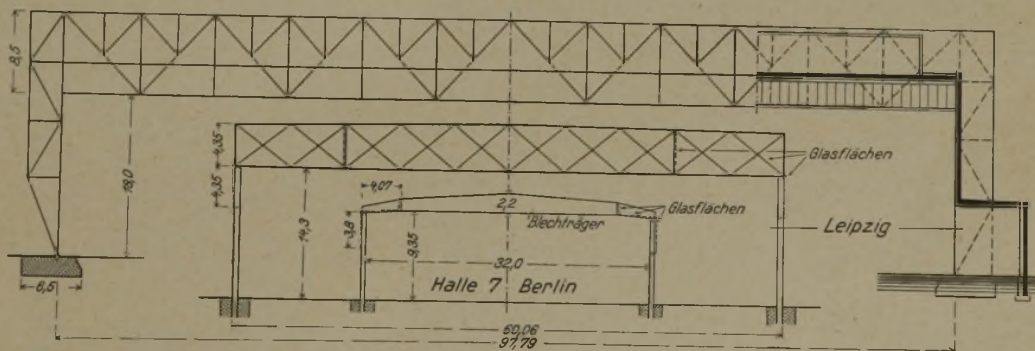
VON C. KERSTEN, BERLIN

MIT 5 ABBILDUNGEN



NEUE AUSSTELLUNGSHALLE 7, BERLIN

VOLLWANDBINDER MIT UNTEN EINGESPANNTEN STÜTZEN. LÄNGE = 32,4 m, BINDERABSTAND 8,6 m



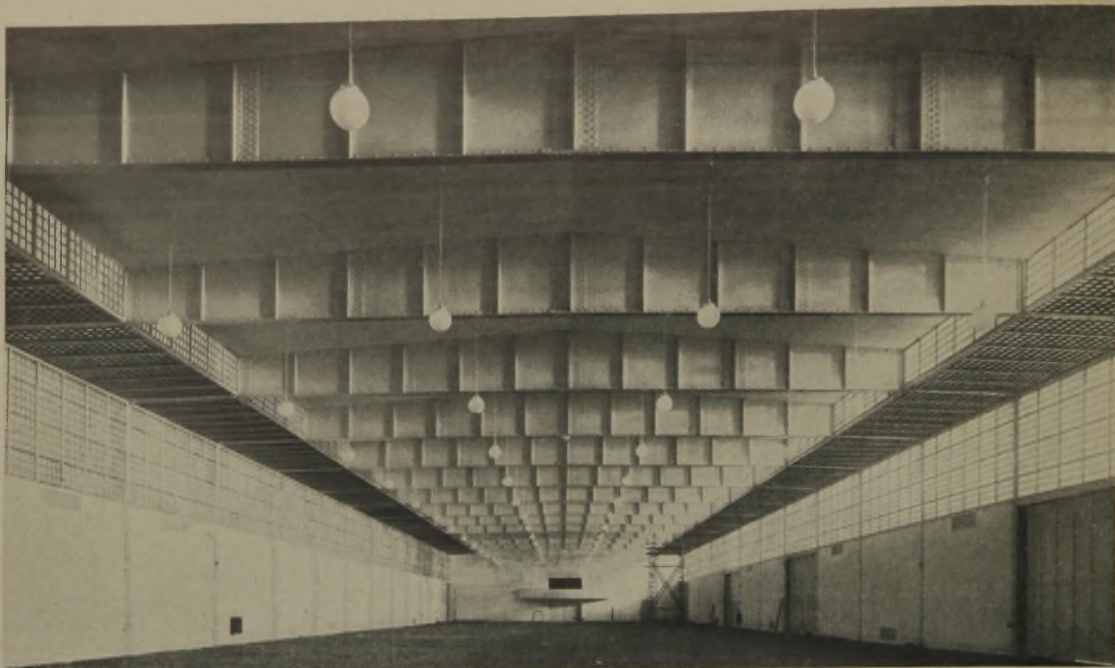
VERGLEICH DER NEUEN HALLE MIT ZWEI LEIPZIGER MESSEHALLEN ÄHNLICHER FORMGEBUNG. 1 : 800

Die im Vorjahre in Königsberg gezeigte und Jahrgang 1928 in Nr. 8 „Konstruktions-Beilage“ auf S. 92 von mir besprochene Lehrschau des V. d. I. wird im Rahmen der 5. Grünen Woche, die vom 1. bis 9. Februar in Berlin in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm stattfindet, zum ersten Male wieder neu entstehen. Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen — 6 Tage vor Eröffnung der Ausstellung — ist noch zu wenig zu sehen, um schon Bericht zu erstatten. Immerhin ist festzustellen, daß Einiges in erweiterter und veränderter Ausgestaltung dargeboten werden wird, und zwar werden die Veränderungen gegenüber der Königsberger Veranstaltung vorwiegend in einer stärkeren Konzentration des Gebotenen und in einer Erweiterung der Abteilungen Sägeindustrie, Sperrholz, Betriebstechnik, Abfallverwertung und Kunststoffe bestehen. Der Stand

der Technik in der Forstwirtschaft soll in einer größeren Zusammenstellung der wichtigsten Geräte und Maschinen zum Ausdruck kommen. In Verbindung mit der Holzschau findet eine Holztagung in der Aula der Technischen Hochschule zu Berlin statt, über die späterhin noch berichtet werden soll.

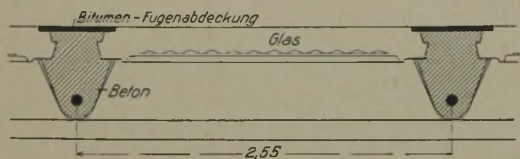
Es erscheint zunächst angebracht, einige Mitteilungen über die diesmalige Gaststätte der Lehrschau, die recht beachtenswerte neue Ausstellungshalle 7, zu machen. Diese Halle, von Breest & Co., Berlin, eben erst fertiggestellt, hat eine Länge von 145,6 m und eine Breite von 32,9 m. Die Halle wurde 1929 in etwa drei Monaten erbaut und erforderte insgesamt 550 t Stahl (St. 37) mit einer Höchstbeanspruchung von 1400 kg/cm². Die Formgebung der Binderbalken ist aus den Abb. 1 und 2 zu ersehen. Abb. 1 zeigt eine Montage-

3

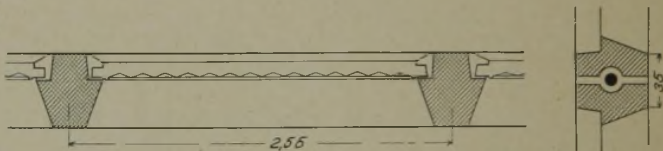


INNENANSICHT DER FERTIGEN HALLE 7, BERLIN
BAUHERR: AUSSTELLUNGS- UND MESSEAMT DER STADT BERLIN

4



5



GLASBETON-OBERLICHTFLÄCHE. 1:50

GLASBETON-FENSTERFLÄCHE. 1:50

MIT BESONDERER FUGENABDICHTUNG. BAUWEISE LUXFER D. R. P.

aufnahme vor Aufbringung der Dachhaut und der Wandverkleidung. Der mittlere Teil der Dachfläche ist in Bimsbeton eingedeckt. Eine besondere Beachtung verdient aber die Verwendung von Luxferprismen der Deutschen Luxferprismen G. m. b. H., Berlin-Weißensee, für die begehbaren Oberlichter sowie die seitlichen Lichtbänder. (Abb. 3 bis 5, hierüber.)

In Abb. 2 wird die neue Berliner Ausstellungshalle 7 außerdem mit zwei Hallen der Leipziger Technischen Messe in Vergleich gestellt, die ebenfalls einen vollkommen rechteckigen Lichtraumquerschnitt zeigen. Zunächst sei auf die 60 m weit gespannten Binder der im vergangenen Jahre fertiggestellten Baumessenhalle verwiesen. Auch hier handelt es sich um beiderseits auf eingespannten Stützen frei gelagerte Balken, für die jedoch der großen Spannweite wegen ein Rautennetzwerk (ohne Senkrechte) gewählt wurde. Die aus Abb. 3 ersichtliche ruhige, monumentale Innenwirkung ist bei der Baumessenhalle in Leipzig wohl nicht erreicht worden. Natürlich ist hier zu berücksichtigen, daß ein auf 60 m, also auf fast das doppelte Maß, frei gespannter Balken schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr vollwandig ausgeführt werden kann. Man könnte allenfalls, wie es Prof. Straumer bei der Berliner Funkhalle tat, an eine nachträgliche Verkleidung der Fachwerkbinder denken, was aber recht wenig zugunsten einer möglichst ausgiebigen Lichtzufuhr sprechen würde. Die eigenartige Führung der Lichtflächen ist insofern ähnlich der neuen Berliner Halle, als auch hier die durchlaufenden Lichtbänder in den Längsseiten der Halle vorhanden sind und außerdem lotrecht gestellte Lichtbänder innerhalb der Balkenspannweiten, mit den anderen Lichtflächen in unmittelbarer Verbindung stehend, das Licht nach der Mitte der Halle bringen. Die guten Erfahrungen mit der Leipziger Baumessenhalle haben jedenfalls — in gewissem Sinne wenigstens — Schule gemacht.

Bei noch größeren Spannweiten kommen fachwerkgegliederte Rahmen in Frage. Als Beispiel — in gleichem Maßstab gezeichnet — ist in Abb. 2 die Binderform der vor zwei Jahren fertiggestellten Halle 7 der Leipziger Messe gegeben, eine Halle, die in bezug auf Kühnheit der Bindergestaltung und Monumentalwirkung des Innenraumes ihresgleichen nicht wieder-

findet. Näheres wurde im Jahrg. 1928 Nr. 3 mitgeteilt. Wenn sich nun, um auf das eigentliche Thema wieder zurückzukommen, die neue Berliner Halle, was die Breitenabmessung anbelangt, in dreifacher Ausfertigung in die Leipziger Halle einbauen ließe, so muß doch anerkannt werden, daß mit der neuen Berliner Halle 7 ein architektonisch recht wirkungsvoller und konstruktiv sehr nachahmenswerter Stahlbau geschaffen worden ist. Jedenfalls wird sich die neu erstandene Holzlehrschaue in dieser Halle vorteilhafter ausnehmen als im vergangenen Jahre in dem etwas nüchtern und kalt anmutenden Innenraum der Königsberger Messehalle. Über die Holzschau und die Holztagung selbst soll in einem weiteren Aufsatz berichtet werden. —

Die besondere Eigenart der Prismen-Verglasungen (hier unter Verwendung von 22/25 mm starken und 225 mm großen quadratischen Luxfer-Diamantfliesen) muß als bekannt vorausgesetzt werden. Bei den betrachteten Glasbetonbauten besteht das eigentliche Tragewerk aus feingliedrigen Betonrippen. Man hatte sich bisher damit begnügt, der Oberseite des Betongitters einen Schutzanstrich zu geben, eine Schutzmaßnahme, die alljährlich wiederholt werden mußte und sehr von der auszuübenden Sorgfalt des Bauherrn abhängig war. Dieser Anstrich hat sich aber nicht immer als ausreichend erwiesen, da er wohl in der Lage ist, eine Zerstörung des Betons bei besonders ungünstigen Witterungseinflüssen etwas zu verzögern, aber nicht völlig unmöglich zu machen. Bei Halle 7 wurden nun erstmalig die Betonfugen zwischen den Gläsern wie auch die Betonränder mit einem etwa 4 mm starken Bitumenestrich versehen, der sich auch noch in den Glasrand erstreckt und hier verankert ist. Die im Laufe der Zeit leicht auftretenden Trennungsfugen zwischen Glas und Beton sind nunmehr (nach Ausweis der Abb. 4) sicher abgedeckt; man muß diesen Estrich als einen einwandfreien Schutz der genannten Fugen gegen schädliche Witterungseinflüsse betrachten. Wenn man berücksichtigt, daß im vorliegenden Falle der Bauherrschaft gegenüber eine zehnjährige Garantie übernommen werden mußte, wird man die besondere Schutzmaßnahme noch begreiflicher finden. Bei allen Außenkonstruktionen, bei denen auf der inneren Seite warme Luft hinzieht, die Außenfläche aber Regen, Frost und großen Wärmeunterschieden ausgesetzt ist,

macht jedenfalls die in Abb. 4 gekennzeichnete, durch D. R. P. geschützte Bitumendichtung einen für die Lebensdauer wesentlichen Bestandteil der Glasbetonplatte aus.

Die Herstellung der betretbaren Glasdächer erfolgte auf einer unterhalb der Träger angebrachten Schalung, auf die die zur Herstellung des Rippenwerkes nötigen gußeisernen Schalkästen gelegt wurden. Die Lage der Bewehrungsseisen wurde durch besondere Stützkörper gesichert und dann die Form in der Mischung 1:2½ (ein Teil hochwertiger Portlandzement und 2½—3 Teile scharfer, feinkörniger Sand) unter Zusatz von Tricosal ausgegossen. Nach erfolgter Herstellung des Glasbetonplatten wurden dann die Betonfugen zwischen den Gläsern und die Betonränder mit einem Voranstrich versehen, um ein besseres Haften des oberen Bitumenstrichs zu erreichen, den man als letztes aufbrachte.

Die Betonsprossenfenster der Glaswände (Abb. 5) wurden in der Fabrik auf Arbeitstischen hergestellt und dann in fertigem Zustand am Bau versetzt. Die Verglasung erfolgte in der üblichen Weise durch Kitt; nur waren die Betonfalze besonders fluatiert, um den Beton gegen die schädlichen Einwirkungen des Öls zu schützen. Um auch bei den Trägern ein Durchschlagen des Frostes und somit eine Schwitzwasserbildung zu verhüten, wurden auf Wunsch der Bauleitung die Träger noch besonders isoliert. Insgesamt gelangten 1400 qm begehbare Glasdächer und 1600 qm Glaswände in der beschriebenen Art zur Ausführung. Die Fertigstellung der ganzen Arbeiten nahm 30 Tage in Anspruch. Die Verglasung der nun fertiggestellten Halle macht einen vorzüglichen Eindruck und kann, wenn auch die wirtschaftliche Frage günstig gelöst wird, zur gelegentlichen Wiederverwendung bei neuen Hallenbauten recht empfohlen werden. —

HAUSHALTSPLÄNE

Aus dem Haushaltsplan des preuß. Staates für das Rechnungsjahr 1930 (Schluß aus Nr. 1).

15. Minister. für Wissenschaft, Kunst usw. (Schluß.) Für Berlin bilden die Hauptposten 1 Mill. RM als 4. Rate für den Neubau der Augenklinik, 850 000 RM als 5. Rate für die Frauenklinik, 185 000 RM als fünfte und letzte Rate für das Pharmakolog.- und Hygiene-Institut, 160 000 RM für den Umbau der ehemaligen Exerzierhalle in der Karlstraße für Zwecke der Leibesübungen. Für Breslau werden 116 000 RM als zweite und letzte Rate für den Umbau des alten Polizeipräsidiums zu Universitätszwecken, 100 000 RM. als 1. Rate für Herrichtung eines Gebäudeblockes in der Martinstraße für geisteswissenschaftliche Seminare gefordert (Ges.Kosten 257 800 RM). In Halle handelt es sich um die letzten Raten für den Umbau der medizinischen und Kinderklinik sowie um Anschluß der Klinikenanstalten an die städtische Fernheizung usw. In Kiel fällt fast der ganze Betrag auf eine Ergänzungsrate für Bauausführungen, die sich aus der Verlegung der medizinischen Klinik in das ehemalige Marinelazarett ergeben. In Göttingen ist der Hauptbetrag von 500 000 RM als weitere Rate für den Um- und Erweiterungsbau der Frauenklinik bestimmt, in Münster desgl. 200 000 RM für den Neubau der Psychiatrischen- und Nervenklinik; in Bonn 510 000 RM als 10. Rate für Erweiterung und Umbau des Universitätshauptgebäudes und 240 000 RM als 3. Rate für die innere Einrichtung. Bei der Charité Berlin kommen 150 000 RM als 2. Rate auf bauliche Änderungen im Pathologischen Institut.

Die Technischen Hochschulen sind wie folgt bedacht:

Berlin	1 750 500 RM	Breslau	20 250 RM
Hannover	951 000 RM	Gemeinsam	50 000 RM
Aachen	65 000 RM		

In Berlin sind 1,01 Mill. RM als 4. Rate bestimmt für die Erweiterungsbauten in der Hardenbergstraße; 400 000 RM als 2. Rate für den Ausbau der Gebäude auf dem neu erworbenen Siemens'schen Fabrikgrundstück an der Franklinstraße; 158 000 RM für die Ausstattung des Maschinenbaulaboratoriums. In Hannover entfallen weitere Raten auf die Erweiterungsbauten mit 757 780 RM sowie 142 220 RM auf die apparative Einrichtung.

Für Kunstzwecke sind 1,25 Mill. RM als 25. Teilbetrag für die Museumsneubauten in Berlin bestimmt, 350 000 RM für größere, dringliche Wiederherstellungsarbeiten an den staatlichen Schlössern und Gärten, 160 000 RM für Erhaltungsarbeiten an staats-eigenen Denkmälern, zur Sicherung profaner Denkmale von besonderer Bedeutung, desgl. schwer bedrohter kirchlicher Denkmale.

Von den Ausgaben für Volksbildung entfallen 4,75 Mill. RM auf höhere Schulen, 169 000 RM auf den Bedarf der staatlichen Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht in der Invalidenstraße in Berlin, 11,48 Mill. RM auf die Bedürfnisse der Volksschullehrerbildung, 10 000 RM. desgl. der Taubstummen- und Blindenanstalten. Für Zwecke der evangel. und kathol. Kirche schließlich sind 255 000 RM vorgesehen als Beihilfen zur baulichen Unterhaltung des Doms in Berlin (85 000 RM) und Köln (100 000 RM), ferner zur Instandsetzung der St. Hedwigs-Basilika in Berlin.

Für höhere Schulen sind 1. Raten vorgesehen für: Gymnasium in Demmin (165 000), Realgymnasium in Reichenbach (100 000), Gymnasium in Leob-schütz (300 000 Ges.Betrag), Bildungsanstalt in Plön (150 000), Goetheschule Hildesheim (106 800), Gymnasium in Norden (150 000), Umbau Schloß Bens-berg zu einer staatlichen Bildungsanstalt (200 000). An größeren Fortsetzungsraten für höhere Schulen sind hervorzuheben 200 000 RM für Kol-berg, 650 000 RM für das Gymnasium in Schneide-mühl, 556 000 RM desgl. für Hirschberg, 215 000 RM für Erfurt, 206 000 RM für Osnabrück und schließlich 600 000 RM für bauliche Veränderungen an Gebäuden früherer Lehrerbildungsanstalten für Zwecke höherer Schulen.

Bei dem Ges.Betrag für Volksschullehrer-bildung handelt es sich um Neu- bzw. Erweiterungsbauten Pädagogischer Akademien. Darunter sind 1. Raten von je 1,1 Mill. RM bestimmt für Frankfurt a. d. O., Stettin, Halle a. d. S., Altona, Kassel und 1 Mill. für Essen. An Fortsetzungsraten sind vorgesehen 1,05 Mill. für Breslau, 925 000 RM für Erfurt, 875 000 für Han-nover, 1,18 Mill. RM desgl. für Dortmund, 750 000 RM für Frankfurt a. M., 850 000 für Bonn. —

14. Ministerium für Volkswohlfahrt. Ges.Betrag 170,41 Mill. RM (1929: 178,28 Mill.). Davon entfällt der Löwenanteil von 167 Mill. RM auf die Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens, 2 Mill. RM auf Zins-zuschüsse zu Baudarlehen zu Staats-bediensstetenwohnungen. Für die Durch-führung des Kanalisations- und Wasserversorgungs-programms der Stadt Hindenburg werden wieder 1 Mill. RM vorgesehen, 540 000 RM entfallen auf den Neubau für das Medizinaluntersuchungsamt und die Impfanstalt in Breslau. —

Bei der schwierigen Finanzlage des Reiches, die erhöhte Überweisungen jedenfalls recht zweifelhaft erscheinen lassen und bei der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage, die ein weiteres Herabdrücken der veranschlagten Einnahmen befürchten läßt, ist mit weiteren Abstrichen von den im Staatshaushalt 1930 vorgesehenen Sätzen wohl noch zu rechnen. —

— Fr. E. —

BAUFINANZIERUNG

Öffentliche Aufträge und private Wirtschaft. Die „DAZ“ beschäftigt sich in einem Artikel in ihrem Handelsblatt vom 11. Januar 1930 mit der auch von uns in der „Wirtschafts-Beilage“ Nr. 5 veröffentlichten Eingabe der Bauindustrie an die Reichs-behörden usw., die weitere Vergebung öffentlicher Aufträge verlangt und sich dabei darauf beruft, daß das Baugewerbe in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen von jeher berufen gewesen sei, die zum Stillstand gekommenen Räder der Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, daß daher die Stilllegung der Bautätigkeit diesen natürlichen Ausgleich unterbinde und eine verfehlte Sparmaßnahme sei.

Demgegenüber wird ausgeführt, daß es endlich an der Zeit sei, mit dem bisherigen Staatssozialismus, der die Wirtschaft an den Rand des Verderbens gebracht habe, aufzuräumen und einer gesunden Privat-wirtschaft wieder Platz zu machen. Die Zeit sei nicht dazu angetan, um in einzelnen Gewerben die Krisis

vielleicht etwas länger hinauszuschieben, dafür aber für spätere Zeit vielleicht noch zu verschärfen. Es sei an der Zeit, an Stelle des Staatssozialismus wieder mehr und mehr die Unternehmerinitiative zu setzen. Das sei aber nur möglich durch Durchführung angemessener Steuersenkungen, um es der Privatwirtschaft wieder mehr zu ermöglichen, auf der Grundlage einer gehobenen Kaufkraft wieder selbst mehr Aufträge zu erteilen. Allerdings habe das Baugewerbe durch die Kapitalaufsaugung durch die öffentliche Hand große Vorteile gehabt, es wurden dort beachtliche Gewinne gemacht und die höchsten Löhne gezahlt. Dafür stieg der Baukostenindex auf 180 und mehr. Umgekehrt hätten andre Gewerbe und der alte Hausbesitzerstand unter der Ausdehnung der Tätigkeit der öffentlichen Hand erheblich gelitten. Es sei daher im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse an der Zeit, daß die öffentliche Hand wieder bis zu dem Grade aus dem allgemeinen Wirtschaftsleben ausgeschaltet werde, wie das für die Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft nötig sei. Allerdings würde dadurch sicherlich eine unangenehme Unterbrechung eintreten, bis der Zinsfuß auf ein solches Niveau gesunken sei, daß das Privatkapital wieder Interesse an Neuinvestitionen unter dem Gesichtspunkte der Rentabilität habe. Die Baustoffindustrie würde sich dann wohl zu billigeren Preisen bequemem müssen, das übermäßig hohe Lohnniveau im Baugewerbe würde sich nicht aufrechterhalten lassen. Niedrige Baukosten würden aber wieder einen Anreiz für die Privatwirtschaft bieten und die Steigerung des Volkswohlstandes wird der Kapitalkraft und auch dem Baugewerbe wieder zugute kommen. Dieser Prozeß müsse im allgemeinen Interesse gefördert, aber nicht hinausgeschoben werden.

Es liegen zweifellos beachtliche Gedanken in diesen Ausführungen. Wogegen sich unseres Erachtens aber die Eingabe der Bauindustrie in erster Linie wendet, wenn ihre Forderungen allerdings auch weiter gehen — ist der beabsichtigte plötzliche scharfe Eingriff in die Bautätigkeit, der tief eingreifen würde in breiteste Kreise des Wirtschaftslebens. Die Forderung nach Abbau der Eingriffe der öffentlichen Hand in die Wirtschaft ist dagegen auch durchaus eine solche der Bauindustrie. —

AUS DER BAUSTOFFINDUSTRIE

Aus der westdeutschen Zementindustrie. Einer Veröffentlichung von Dr. Alfred Middell vom Zementverband in Bochum im „Jahrbuch der Arbeitsgemeinschaft der Ruhrhandelskammern“ entnehmen wir nachstehende Angaben: Einleitend wird der ständige Rückgang des Anteiles der deutschen Zementindustrie an der Gesamt-Welterzeugung berührt. Von Ende der 70er Jahre bis 1904 stand Deutschland noch allen Ländern voran (1880 31 v. H.), bereits 1913, also noch vor dem Kriege, war dieser Anteil auf 17 v. H. gesunken und beträgt noch knapp 11 v. H. Im Jahre 1927 hat zwar die deutsche Zementherzeugung den Vorkriegsstand um ein geringes wieder überschritten, aber die Welterzeugung ist von 1913 bis 1928 von 40 auf 70 Millionen Tonnen gestiegen. In dem gleichen Zeitraum hat England seine Erzeugung um fast 70 v. H. erhöht, Belgien etwa verdoppelt, Frankreich mehr als verdreifacht, Japan vervierfacht und Amerika auf das Doppelte gesteigert. Ebenso ist der Inlandsverkauf von Zement auf den Kopf der Bevölkerung, der vor dem Kriege sich etwa um 7 v. H. jährlich erhöhte, jetzt wieder auf den Stand von 1914 gekommen, aber im Ausland stark erhöht. In den 70er Jahren führte Deutschland etwa 50 v. H. seiner Zementherzeugung aus, bis 1913 hatte sie mit etwa 24 v. H. noch die erste Stelle im Weltzementhandel, seit 1928 beträgt der Anteil nur noch 18 v. H. Dieser Stand hat sich im Jahre 1928 noch ungefähr gehalten.

Das Jahr 1927 war dann noch verhältnismäßig günstig, 1928 kennzeichnet sich aber bereits als ein Jahr stark rückgängiger Konjunktur. Der mehrwöchige Lohnkampf in der Eisen- und Stahlindustrie in Westdeutschland verschärfte die Lage, dann unterband der strenge Frost Arbeit und Transport monatelang. Im Februar 1929 betrug der Zementabsatz bei den Zementfabriken der Gruppe Westfalen nur 20 v. H. des gleichen Zeitpunktes im Vorjahre, in den ersten drei Monaten nur 46 v. H. Die Produktion wurde dadurch, um so mehr, also noch große Zementvorräte vorhanden waren, sehr ungünstig beeinflusst. Auch die

Bausaison brachte nicht den erhofften Absatz. In den drei großen Verkaufsgebieten des Norddeutschen-, Süddeutschen- und Westdeutschen Verbandes blieb in den ersten zehn Monaten 1929 der Absatz im Durchschnitt um 8,5 v. H. hinter 1928 zurück.

Trotz dieser für die Zementindustrie ungünstigen Verhältnisse sind die Preise in den letzten Jahren nicht erhöht, sondern gesenkt worden. Der Index des Nettopreises ab Werk lag noch 35 bis 55 v. H. unter dem allgemeinen Baustoffindex von jetzt 161,5 und dem Baukostenindex von 181,4. Es wird in dem Bericht hervorgehoben, daß Zement heute wesentlich unter Vorkriegsrealwert verkauft wurde, trotz Lieferung erheblich besserer Erzeugnisse, die außerdem noch den Vorteil schnellerer Bauausführung und Verwendung weniger fetter Mischungen infolge höherer Festigkeit bieten.

Geklagt wird über mangelhafte Unterstützung durch das Reichsarbeitsministerium, das statt die mengenmäßige Steigerung des Exports zu fördern, sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß, um weitere Preisermäßigung im Inland herbeizuführen, der Verlustexport nach dem Ausland gedrosselt bzw. ganz eingestellt werden müsse. Die Vorteile, die dadurch auf dem Inlandsmarkt erreicht werden könnten, stünden nicht im Verhältnis zu der Gefahr einer fortschreitenden Verschuldung der Industrie an das Ausland. Vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt wird daher diese Stellungnahme bekämpft. —

MESSEN UND AUSSTELLUNGEN

Werkstoffe auf der Leipziger Frühjahrmesse 1930. Um die metallverarbeitenden Industrien nachdrücklich auf die vielfachen Verwendungsmöglichkeiten der Nichteisenmetalle, der Leichtmetalle und der Legierungen hinzuweisen, wird während der vom 2. bis 12. März stattfindenden Großen Technischen Messe und Baumesse in Leipzig eine besondere Ausstellung „Werkstoffe“ in Halle 12 (Kuppelhalle) abgehalten werden. An der Durchführung dieser Ausstellung sind die Aluminiumberatungsstelle in Berlin, das Deutsche Kupferinstitut in Berlin, das Nickel-Informationsbüro in Frankfurt am Main und der Zinkwalzwerksverband in Berlin beteiligt. Durch Vorführung der Rohstoffe, durch Anwendungsbeispiele in Gestalt von Halb- und Fertigfabrikaten und vor allem durch fachliche Beratung über Eigenschaften, Verarbeitung und Behandlungsverfahren soll für die Verwendung von Nichteisenmetallen durch die metallverarbeitenden Industrien geworben werden.

Gipsberatungsstelle. Bei den neuzeitl. Bauweisen und für andere Zwecke ist der Gips ein wertvoller Baustoff. Jedoch sind die Eigenschaften, Verbrauchsarten und die Kosten bei der Verwendung von Gips im Bauwesen noch nicht so vollständig bekannt, daß eine Beratung hierüber überflüssig wäre. Deshalb wird die Leipziger Baumesse vom 2. bis 12. März auch eine Bauberatungsstelle für die Gipsindustrie enthalten, die ähnlich eingerichtet wird wie die anderen von der Bauwirtschaft eingerichteten Beratungsstellen. Sie soll insbesondere den Verbrauchern der Baustoffe dienen und an Beispielen die Anwendung der üblichen Gipszeugnisse und der wichtigsten Sondererzeugnisse der deutschen Gipsindustrie zeigen. —

Die Gruppe „Gesundheitstechnik“ auf der Leipziger Frühjahrmesse 1930. Aus der seit vier Jahren auf der Technischen Messe in Leipzig veranstalteten Hygiene-Messe hat sich durch die erfolgreiche Eingliederung technischer Erzeugnisse und Apparate, die in der Krankenbehandlung und Krankenpflege, zur Förderung des allgemeinen Gesundheitsdienstes und im Interesse der Volkswohlfahrt verwendet werden, eine breit fundierte Ausstellungsgruppe entwickelt. Diese Messengruppe, die künftig die Bezeichnung „Gesundheitstechnik“ führt, wird nach den bisher vorliegenden Anmeldungen eine die bisherige Beteiligung weit übersteigende Ausstellerzahl aufweisen. —

PATENTWESEN

Eine Beratungsstelle für hilfsbedürftige Erfinder ist von einer Reihe von Patentanwälten, die sich zu diesem Zwecke zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, im Reichspatentamt in Berlin, Gitschiner Straße 100, begründet worden. Es finden werktäglich 11—13 Uhr unentgeltliche Sprechstunden, abwechselnd von einem der Patentanwälte, zu diesem Zwecke statt. —